

Anja Eberharter

Kein sozial ohne ökologisch!

Klimaschutz im Sozialen Sektor braucht adäquate Rahmenbedingungen

Der gemeinnützige Sozialbereich spielt eine wichtige Rolle für das Erreichen der Klimaziele – die Politik hat das jedoch noch nicht erkannt. Um ihrer sozial-ökologischen Verantwortung nachzukommen, brauchen Sozialorganisationen entsprechende Rahmenbedingungen. Allen voran geht es um die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln für Klimaschutz. Es braucht einen Transformationsfonds für den gemeinnützigen Sozialbereich.

Lange wurden die Bereiche sozial und ökologisch getrennt voneinander gedacht: Sozialorganisationen haben eine soziale Aufgabe – um Klimaschutz sollen sich Umweltorganisationen kümmern. In den letzten Jahren hat sich dieses Bild, nicht zuletzt durch Initiativen wie *Fridays for Future*, verändert. Es herrscht zunehmend ein Verständnis von Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Gemeinnützigen Sozialorganisationen kommt dabei eine besondere Rolle zu. Sie setzen sich für ein gutes Leben für ihre Zielgruppen ein: für Menschen im Alter, Menschen mit Behinderungen, Kinder und Jugendliche, Geflüchtete oder armutsbetroffene Personen. Wie aber soll ein gutes Leben in einer Welt mit Extremwetterbedingungen, zunehmender Ungleichheit und Krieg um knappe Ressourcen gelingen? Um ihre soziale Mission zu erfüllen, müssen Sozialorganisationen den Klimaschutz als ihre Aufgabe begreifen. Zum einen geht es darum, die Auswirkungen der Klimakrise auf die Zielgruppen möglichst abzufedern, zum anderen bedeutet soziale Verantwortung aber auch, sicherzustellen, dass die Welt, in der wir leben, lebenswert bleibt. Die soziale Aufgabe wird zur sozial-ökologischen Aufgabe. Die Frage ist daher nicht, ob der gemeinnützige Sozialbereich eine ökologische Verantwortung trägt, sondern wie er ihr gerecht werden kann.

Sozialorganisationen spielen eine wichtige Rolle beim Klimaschutz

Österreich will bis 2040 klimaneutral werden – ein großes Ziel. Der andauernde Krieg in der Ukraine und die damit verbundene Energiekrise haben die Dringlichkeit, von fossilen Brennstoffen unabhängig zu werden, noch verschärft. Klar ist, wir müssen ambitionierte Schritte setzen, um die Klimaziele zu erreichen. Es braucht eine Einbeziehung von Haushalten, Staat, Markt und Drittem Sektor. Gemeinnützige Sozialorganisationen spielen aus vier Gründen eine wichtige Rolle beim Klimaschutz: **Erstens** tragen sie vor allem durch ihre Immobilien und Fuhrparks wesentlich zu den Emissionen und zum Ressourcenverbrauch bei. **Zweitens** sind gemeinnützige Sozialorganisationen Multiplikatorinnen in Sachen Klima: Sie arbeiten mit Menschen aus verschiedenen Milieus und Einkommensschichten. Sie können Personengruppen, die sonst schwer zu erreichen sind, zur Klimakrise informieren und für Klimaschutz mobilisieren. Und auch Mitarbeiter*innen sind Multiplikator*innen. Sie sind in Kontakt mit anderen Organisationen, haben Familien und Freund*innen. Allein die Diakonie beschäftigt 9.000 hauptamtliche und 3.000 freiwillige Mitarbeiter*innen – ein riesiger Pool an potenziellen Klimabotschafter*innen. **Drittens** hat der gemeinnützige Sozialbereich eine Vorbildfunktion. Er zeigt, wie Wirtschaften im Sinne des Gemeinwohls aussehen kann: Langfristiger gesellschaftlicher Mehrwert braucht sozial-ökologisches Handeln. Organisationen des gemeinnützigen Sozialsektors können hier mit gutem Beispiel vorangehen. **Viertens** unterstützen gemeinnützige Sozialorganisationen in ihrer anwaltschaftlichen Funktion ihre Klient*innen bei der Vertretung ihrer Interessen. Beim Klimaschutz ist es fünf nach zwölf. Gemeinsam mit Umweltorganisationen zeigen Sozialorganisationen die Dringlichkeit einer Transformation auf. Sie fordern von der Politik umfassende und rasche Maßnahmen für ihre Zielgruppen. Dabei bleibt es nicht beim Problemaufriss. Mit Lösungsvorschlägen und Ideen bringen sich Sozialorganisationen in die politische Arbeit ein und übernehmen so eine gestalterische Rolle. Der enge Kontakt mit der Zielgruppe und das große Wissen aus der Praxis machen Sozialorganisationen zu unverzichtbaren Partnerinnen der Politik, wenn es darum geht, Schritte zu setzen, die wirkliche Verbesserungen bringen sollen.

Staat und Dritter Sektor: Starke Partner! Auch beim Klima?

Der Sozialbereich selbst hat sein Potenzial für den Klimaschutz erkannt und will Verantwortung übernehmen oder tut dies bereits. Dem Engagement sind aber Grenzen gesetzt, weil die öffentliche Hand den Dritten Sektor noch nicht als Partner (an)erkennt. Dies erstaunt, da in Österreich und Deutschland eine besondere Partnerschaft zwischen dem Staat und den Nonprofitorganisationen besteht. Einem Wohlfahrtsstaat kommen zahlreiche Aufgaben zu: Neben der sozialen Sicherung und Geldtransfers sind die Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen und die Schaffung einer sozialen Infrastruktur zentrale Aufgaben. Der Staat überträgt einen großen Teil dieser Aufgaben den Sozialorganisationen. Diese bekommen dafür Mittel von der öffentlichen Hand – zu wenige, aber dazu später mehr. Das Wohlergehen maßgeblicher Gruppen der Bevölkerung basiert also auf einer starken Partnerschaft zwischen Staat und Drittem Sektor. Doch im Klimaschutz ist diese Partnerschaft nicht spürbar. Im Zuge der ökosozialen Steuerreform wurden Steuerfreibeträge für Klimainvestitionen eingeführt; gemeinnützige Organisationen können diese allerdings nicht nutzen, genauso wenig wie Gewinnfreibeträge. Doch auch jenseits der Steuerreform gibt es Hindernisse: Energiegutscheine können von Menschen, die in Sozialeinrichtungen leben, nicht eingelöst werden, weil sie nicht selbst Vertragspartner*innen sind, sondern die Energieverträge über die Organisation laufen. Eine entsprechende Alternative auf Organisationsebene gibt es nicht. Außerdem werden größere gemeinnützige Sozialorganisationen aufgrund ihrer großen Mitarbeiter*innenzahl bei Klimamaßnahmen häufig nachteilig behandelt. Wie im Fall von erneuerbaren Energiegemeinschaften führt dies entweder zum kompletten Ausschluss oder die Förderquoten fallen so niedrig aus, dass die Selbstkosten nicht mehr leistbar sind. Das Problem ist, dass große Sozialorganisationen rechtlich als Großkonzerne angesehen werden. Im Fall von erneuerbaren Energiegemeinschaften wird Großkonzernen vorrangig eine Profitabsicht unterstellt, weshalb ihnen eine Teilnahme versagt ist – eine Annahme, die für gemeinnützige Sozialorganisationen nicht gelten kann, weil es ihr Gemeinnützigkeitsstatus nicht erlaubt, Gewinne auszuschütten. Die niedrigeren Förderquoten sind die Folge einer ähnlichen Argumentation. Großkonzerne können höhere Selbstbehalte zahlen, da sie meist größere Profite erzielen als Klein- und Mittelunternehmen. Gemeinnützige Sozialorganisationen haben hingegen ein geringes Eigenkapital und auch das Bilden von Rücklagen ist kaum möglich.

Große Emissionen, aber kleines Budget

Wenn man in gemeinnützigen Sozialorganisationen nach den größten Herausforderungen beim Klimaschutz fragt, ist eine der ersten Antworten die fehlende Finanzierung. Seit den 90er Jahren sind Sozialorganisationen immer stärker ökonomischen Kennzahlen unterworfen. Knappe öffentliche Mittel bringen Einsparungen, Preisdruck und Konkurrenz mit sich. Ein Beispiel sind hier die Tagsätze in Pflegeheimen. Für jede*n Bewohner*in bekommt ein Pflegeheim einen fixen Betrag am Tag. Von diesem Geld müssen Pflege und Betreuung sowie die Mahlzeiten finanziert werden, aber auch Kosten, die nicht direkt an den*die Bewohner*in gebunden sind wie Heiz- und Stromkosten oder Verwaltungskosten. Wenn eine Einrichtung Klimaschutzinvestitionen tätigen möchte, muss das Geld aus demselben Topf kommen. Das Problem: Bereits jetzt sind die Mittel viel zu knapp, die Teuerungen haben die Situation noch verschärft. Eine zusätzliche Erschwernis ist, dass gemeinnützige Organisationen aufgrund ihrer Rechtsform kaum Rücklagen bilden dürfen – selbst, wenn sie könnten. Auch die Möglichkeit, zusätzliche Kosten über höhere Preise zu stemmen, wie For-Profit-Unternehmen das machen, besteht für gemeinnützige Sozialorganisationen nicht. Höhere Preise würden direkt zu Lasten der oftmals vulnerablen Zielgruppen gehen. Das gleiche gilt für Einschränkungen bei der Qualität der Angebote, die zweite Möglichkeit, um Klimainvestitionen mit dem gegebenen Budget zu finanzieren. Damit Sozialorganisationen nicht vor die Entscheidung gestellt werden, ob sie ihre soziale Aufgabe erfüllen oder ihrer ökologischen Verantwortung nachkommen sollen, braucht es zusätzliche finanzielle Mittel, am besten in Form eines Transformationsfonds.

Ein Transformationsfonds für den gemeinnützigen Sozialbereich

Über einen Transformationsfonds kann die öffentliche Hand dem gemeinnützigen Sozialbereich Mittel für Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung stellen. Die Kriterien für förderbare Maßnahmen sollten möglichst breit gestaltet werden. Der gemeinnützige Sozialsektor ist divers, One-Size-Fits-All-Lösungen sind hier nicht möglich. Ein Transformationsfonds sollte jedenfalls folgende vier Bereiche abdecken: Klimaschutzpläne und -konzepte, Klimainvestitionen, Personalkosten sowie Sensibilisierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Klimaschutz beginnt nicht mit den Maßnahmen, vorher braucht es einen Plan. Ein *Klimaschutzkonzept* verhindert außerdem das ineffiziente Setzen von Einzelmaßnahmen. In manchen Sozialorganisationen ist viel Know-how vorhanden, andere sind auf externe Beratungsleistungen angewiesen. Die Erstellung von Klimaschutzkonzepten oder Sanierungsplänen durch Dritte muss genauso von einem Transformationsfonds abgedeckt werden wie die Inanspruchnahme von Energieberatung.

Bei den *Klimainvestitionen*, die aus einem Fonds finanziert werden können, muss eine breite Palette abgedeckt werden. Diese beginnt bei kleinen Maßnahmen wie Wasserstrahlreglern und reicht bis zu Großprojekten wie Fassadenbegrünungen oder Generalsanierungen. Aufgrund der besonderen Finanzierungsstruktur des gemeinnützigen Sozialbereichs braucht es entsprechend hohe Förderquoten. Wünschenswert wäre eine hundertprozentige Abdeckung der Kosten.

Klimaschutz ist außerdem eine Frage von Personalressourcen. Ein Transformationsfonds muss daher unbedingt auch *Personalkosten* abdecken. Aktuell müssen Klima- und Umweltschutz meist neben der Kerntätigkeit passieren. Wirkungsvoller Klimaschutz braucht aber eine*n „Kümmerner*in“, der*die vom Plan bis zur Umsetzung begleitet. In Deutschland können Kommunen eine*n sogenannte*n Klimaschutzmanager*in anstellen. Die Personalkosten werden bis zu hundert Prozent gefördert. Diese Möglichkeit braucht es auch für den gemeinnützigen Sozialbereich. Klimaschutzmanager*innen prüfen, was es für effektiven Klimaschutz braucht und wie die notwendigen Maßnahmen organisiert werden können. Sie sind zentrale Ansprechpersonen für externe Partner*innen und stellen sicher, dass die Maßnahmen den Plänen entsprechend umgesetzt werden. Zusätzlich wirken sie als Klimaschutzbotschafter*innen nach innen und außen. In den letzten Jahren haben Green Jobs zugenommen; der Einsatz von Klimaschutzmanager*innen im Sozialbereich schafft eine weitere attraktive Arbeitsmöglichkeit in diesem Feld. Doch neben gänzlich neu geschaffenen Stellen sollte es auch die Möglichkeit für bestehende Mitarbeiter*innen geben, durch eine Tätigkeit als Klimaschutzmanager*in ihre Stunden aufzustocken. Im Sozialbereich sind vor allem Frauen beschäftigt. In Bereichen wie der mobilen Pflege ist eine Vollzeitätigkeit schwer möglich. Eine stundenweise Tätigkeit als Klimaschutzma-

nagerin ermöglicht Frauen, in Vollzeit zu arbeiten. Das Klimaschutzmanagement an bestehende Stellen anzuhängen hat außerdem den Vorteil, dass die Mitarbeiter*innen die Organisation und die Kolleg*innen bereits kennen. Und nebenbei wird die Verschränkung von sozial und ökologisch gefördert und so eine sozial-ökologische Perspektive auf die Klimakrise sichergestellt.

Doch auch *Sensibilisierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen* müssen über den Fonds finanzierbar sein. Klimaschutz geht uns alle etwas an, aber manche Gruppen haben besseren Zugang zu Informationen als andere. Sozialorganisationen erreichen Menschen, die sonst nur schwer erreicht werden können. Um zum bestmöglichen Umgang mit der Klimakrise zu befähigen, braucht es für die Zielgruppen kostenlose Schulungs- und Informationsangebote. Auch Mitarbeiter*innen können von Weiterbildungsmaßnahmen profitieren und als Multiplikator*innen auf die Zielgruppen wirken. Klimabezogene Inhalte könnten auch verstärkt in bestehende sozialpolitische Angebote aufgenommen werden (z. B. arbeitsmarktpolitische Beratung, Schuldner*innenberatung, Flüchtlingsberatung).

Der Fokus dieses Beitrags liegt auf dem gemeinnützigen Sozialbereich, ein Transformationsfonds sollte aber auch dem gemeinnützigen arbeitsmarktpolitischen Bereich offenstehen, da dieser mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert ist und einen ebenso großen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten kann.

Fazit

Die Klimakrise ist auch eine soziale Krise und damit Kernaufgabe des sozialen Sektors. Es ist die Verantwortung der Sozialorganisationen, die Trennung von sozial und ökologisch zu überwinden und den Klimaschutz voranzutreiben. Es ist jedoch die Verantwortung der Politik, die nötigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Anja Eberharter war bis Februar 2023 Sozialexpertin bei der Diakonie Österreich. Neben dem Bereich Alter und Pflege setzt sie sich mit Fragen der Gemeinnützigkeit auseinander.

DER ARTIKEL ENTSTAMMT DEM BUCH



**Herausgegeben von
Die Armutskonferenz, Margit Appel, Alexander Brenner-Skazedonig,
Verena Fabris, Gunter Graf, Alban Knecht, Sandra Matzinger,
Robert Rybaczek, Martin Schenk**

BoD-Verlag

Online: www.armutskonferenz.at/buch-es-brennt

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	11
-------------------------	-----------

FLÄCHENBRAND: Die großen sozial-ökologischen Problemfelder

Ulrich Brand

Ökologie ist keine Luxusfrage

Klimakrise und soziale Ungleichheit gehen uns alle an.....	17
--	-----------

Stephan Lessenich

Klima – Klasse – Konsum

Ungleichheitsdynamiken in der ökologischen Krise.....	31
---	-----------

Karin Fischer

Klima-Kolonialismus

Die Klimakrise als globale Verteilungs- und Gerechtigkeitskrise.....	43
--	-----------

Judith Kohlenberger

Migration bekämpfen, Klima retten?

Chancen einer sozial-ökologischen Transformation der Asyl- und Integrationspolitik	51
--	-----------

GLUTNESTER: Dimensionen der sozial-ökologischen Transformation

Beate Littig

Die sozial-ökologischen Zukünfte der Arbeitsgesellschaft

Eine geschlechterpolitische Bestandsaufnahme.....	61
---	-----------

Ilja Steffelbauer

Mangel- und Fehlernährung als historische und aktuelle Herausforderung

Ernährungssouveränität als Lösung.....	73
--	-----------

Elisa Klein Díaz und Michaela Moser

Ernährungssouveränität weiterentwickeln

Bestehende Initiativen und notwendige Schritte.....	83
---	-----------

Christine Sallinger

Armutsbetroffene sind Klimaschutzweltmeister*innen

Ein Kommentar.....	89
--------------------	-----------

Hanna Braun, Iris Frey, Martin Schenk, Felix Steinhardt

Energiegrundsicherung

Warum wir ein Recht auf saubere Energie haben und der Markt es nicht richten wird.....**95**

Johannes Seidl

Menschenrecht Wohnen

Ein Kommentar.....**105**

Alexander Brenner-Skazedonig, Lina Mosshammer

Die klimasoziale Mobilitätswende

Raus aus dem teuren Autozeitalter.....**109**

Hedy Spanner im Gespräch mit Alban Knecht

Transformative Bildung und soziale Ungleichheit

Ein Interview.....**117**

BRANDSCHUTZ: Sozial- und klimapolitische Feuerlöscher

Susanne Elsen

Soziale und solidarische Ökonomie

Armut verhindern und ökosoziale Transformation verwirklichen**123**

Gabriele Winker

Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima

Eine konkrete Utopie für eine solidarische Gesellschaft.....**135**

Marie Chahrou

Nachhaltige Arbeit

Ein Weg zu einem guten Leben für alle**147**

Clara Moder und Jana Schultheiß

Klimasoziale Politik

Entwicklungsmöglichkeiten des Sozialstaats in der Klimakrise**153**

Rafael Wildauer

Armutsbekämpfung durch Vermögenssteuern finanzieren

Das Beispiel Österreich.....**163**

Wolfgang wodt Schmidt

Wer brennt's? – Wer zahlt's?

Die öko-soziale Steuerreform konsequent denken

Ein Kommentar.....**173**

Michaela Haunold

Den öffentlichen Raum klimafit für alle gestalten

Eine Ideensammlung.....179

Anja Eberharter

Kein sozial ohne ökologisch!

Klimaschutz im Sozialen Sektor braucht adäquate Rahmenbedingungen.....183

Yannick Liedholz

Klimagerechte Soziale Arbeit

Drei Schritte auf dem Weg dorthin.....189

Robert Blum

Who cares?

Die Sozialarbeitspraxis in der Klimakrise.....197

Verena Fabris, Martin Schenk

Es brennt! Armut bekämpfen, Klima retten

Ergebnisse der 13. Österreichischen Armutskonferenz.....207

DIE ARMUTSKONFERENZ.

Es ist genug für alle da!


Armut bekämpfen. Armut vermeiden.


Die Armutskonferenz ist seit 1995 als Netzwerk von über 40 sozialen Organisationen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen aktiv. Sie thematisiert Hintergründe und Ursachen, Daten und Fakten, Strategien und Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich. Gemeinsam mit Armutsbetroffenen engagiert sie sich für eine Verbesserung von deren Lebenssituation.

Die in der Armutskonferenz zusammengeschlossenen sozialen Organisationen beraten, unterstützen und begleiten über 500.000 Menschen im Jahr.

www.armutskonferenz.at

Die 13. Österreichische Armutskonferenz und diese Publikation wurden gefördert von

 Bundesministerium
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

 Bundesministerium
Arbeit

 Bundeskanzleramt



klimaaktiv



Lebens skizzen

„Lebensskizzen“ macht den Alltag derer sichtbar, die nicht im Licht stehen. Verstärkt die Stimmen, die gewöhnlich überhört werden. Erzählt Geschichten, von denen keiner erzählt.

EVA

Ich bin die Bewohnerin in der Siedlung, die sicherlich die meisten Gartenbegehungen und Hausbegehungen über sich ergehen lassen musste. Gartenbegehung, gut, soll sein, obwohl das ein Eckhaus ist und sie jederzeit alles auch von draußen sehen können. Aber gut, ist auch lustig anzuschauen, wenn eine Prokuristin mit Seidenkleidchen, Nerzmäntelchen und Stöckelschüchen im November in meinem Wildgarten herumstakt...



*Lies Evas ganze
Geschichte hier*



Klientel mit Schuldenproblemen?

Dachorganisation asb



Online-Informationsveranstaltung zum Privatkonkurs

In 120 Minuten werden via Zoom Warnsignale bei Menschen mit Schuldenproblemen sowie Grundlagen zu Privatkonkurs, offenkundiger Zahlungsunfähigkeit und Gesamtvollstreckung vermittelt.

FinanzCoaching – Erste Schritte aus der Schuldenfalle

In diesem zweitägigen Präsenzseminar wird fundiertes Grundlagenwissen für den Umgang mit verschuldeten Klient*innen vermittelt. Darüber hinaus werden die einzelnen Instrumente der Schuldenregelung vorgestellt. Als Unterlage gibt es das 273 Seiten starke FinanzCoaching-Handbuch.

*Bilden
Sie sich
weiter!*



**Weiterführende
Informationen,
Termine & Anmeldung:**

www.schuldenberatung.at/fortbildung

Kontakt:

ASB Schuldnerberatungen GmbH
Dachorganisation der staatlich
anerkannten Schuldenberatungen
asb@asb-gmbh.at

„Sozialpolitik ist die effektivste Kriminalpolitik.“

NEUSTART Kriminalpolitische Positionen

NEUSTART

**LEBEN OHNE KRIMINALITÄT.
WIR HELFEN.**